

Wer hat Schuld am mangelhaften Lärmschutz?

K 80 Glinde will Anwohner bis zur juristischen Klärung im Lärm leben lassen - Politiker widersprechen

Glinde (voe). Der Konflikt um eine neue Lärmschutzverordnung zwischen der Stübchenkoppel und der K 80 spitzt sich weiter an. In der jüngsten Bauausschusssitzung prallen die Interessen von Stadt und Anwohnern heftig aufeinander. Die Verwaltung weigerte sich, die Finanzierung einer neuen Lärmschutzverordnung auch nur vorläufig zu übernehmen. Die Bürgerinitiative (BI) "Lärm- und K 80" dagegen verurteilt die neue Schutzlichte, dass eine neue Schutzverordnung durch Neuanstufung, etwa des DHL-Verteilzentrum, und dem damit verbundenen wachsenden Verkehr immer dringlicher werde. "Wir können nicht warten, bis Juristen geklärt haben, wer den Lärmschutz bezahlen hat", sagte BI-Sprecher Junius Berndt. Bürgermeister Rainhard Zug entgeg-

nete: "Und wir weigern uns, Geld für etwas auszugeben, das wir eventuell gar nicht finanzieren müssen." Der neue Lärmschutz könne Millionen hintergrund: Anfang der 1980er-jahre bauten Glinde und der Kreis Stormarn gemeinsam die Schutzwand an der K 80. Ein Vertrag legte fest, dass es sich um eine einmalige, freiwillige Leistung handle. Später stellte sich heraus, dass die Wand nicht wie geplant gebaut wurde und den Lärmschutzstandards nicht entspricht. Wer dafür verbundenen wachsenden Verkehr immer dringlicher werde. "Wir können nicht warten, bis Juristen geklärt haben, wer den Lärmschutz bezahlen hat", sagte BI-Sprecher Junius Berndt. Bürgermeister Rainhard Zug entgeg-

risische Sachlage "höchst Zug gab aber zu, dass die Juristen Klärung rech-

ne sie frühestens Anfang Juni koppel erläutern. "Unabhängig davon bleiben die rechtlichen Fragen offen", sagte Verena Wilmes vom Bauamt. Mit Zug gab aber zu, dass die Juristen Klärung rech-

"Eine langwierige, juristische Prüfung nehmen wir nicht hin."

Berndt Hengst
CDU-Pressesprecher

Die werde voraussichtlich etwa 7500 Euro kosten. Mit der Grundlagenermittlung im Vorfeld und dem LärmConsult-Gutachten kämen etwa 22 500 Euro zusammen. Mit dem Thema befassen könne man sich dann nach der Sommerpause, so Wilmes, demnach erst im September. "Dann müssen wir aber über den Haushalt 2015 diskutieren, so wird sich die Beratung zum Lärmschutz wohl bis in den Oktober ziehen." Das gefiel weder der Politik noch der BI. Wolf Tank (Grüne) forderte, die Lärmschutz-Consult längst vor "Zugbestätigt die Gebührener keine Ausnahme machen. Die Gebührener sind in der Gebührenordnung festgelegt, wir haben da kein Ermessen - es sei nicht akzeptabel. CDU-Sprecher, Bernd Hengst, betonte auf Nachfrage: "Wir wollen, dass möglichst schnell eine Entscheidung für die Bürger an der Stübchenkoppel getroffen wird. Eine langwierige juristische Prüfung nehmen wir nicht hin." BI-Mitglieder beklagten "Verschleppungs- und Verschleierungstaktik" der Stadt. "Wir bitten seit Monaten um Lärmschutz, auch nur die Finanzierung einer neuen Lärmschutzverordnung auch nur vorläufig zu übernehmen. Die Bürgerinitiative (BI) "Lärm- und K 80" dagegen verurteilt die neue Schutzlichte, dass eine neue Schutzverordnung durch Neuanstufung, etwa des DHL-Verteilzentrum, und dem damit verbundenen wachsenden Verkehr immer dringlicher werde. "Wir können nicht warten, bis Juristen geklärt haben, wer den Lärmschutz bezahlen hat", sagte BI-Sprecher Junius Berndt. Bürgermeister Rainhard Zug entgeg-

Bergerdorfer Zeitung 15.3.14